

D2 Die Folgen von Covid-19 solidarisch bewältigen und daraus lernen

Antragsteller*in: Arndt Müller (KV Schwerin)

Tagesordnungspunkt: 1.10 Abstimmung über Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Präambel:

2 Die Infektionskrankheit Covid-19 beeinflusst unser aller Leben in einer bisher
3 ungekannten Weise. Einschränkungen, um die Ausbreitung der Krankheit zu
4 verhindern, sind unvermeidlich, doch sie führen zu wirtschaftlichen Schäden.
5 Auch zeigt die Krankheit wie durch ein Brennglas auf, wo sich die sozialen
6 Verwerfungen unserer Gesellschaft befinden, wo es Menschen sozial, ökonomisch
7 und mental schlecht geht und wo verantwortungsvolle Politik handeln muss. Der
8 Bundestag und der Landtag M-V haben reagiert und zahlreiche Hilfsangebote und
9 Initiativen zur Milderung der Folgen der Covid-19-Pandemie gestartet. Dies
10 begrüßen wir. Trotzdem sehen wir etliche Reserven. Covid-19 stellt uns vor
11 Herausforderungen, die wir nur als solidarisch agierende Gesellschaft unter
12 weiterer Bearbeitung der Zukunftsthemen bewältigen können. In den letzten Wochen
13 haben jedoch auch zahlreiche Menschen öffentlich ihre Meinung bekundet, die in
14 den aktuellen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung eine nicht hinnehmbare
15 Bevormundung durch den Staat sehen. Diese Meinungsäußerungen reichen bis zur
16 offenen Ablehnung unserer demokratischen Staatsform unter Verwendung
17 verfassungsfeindlicher, rechtsextremer Symbolik.

18 Die LDK von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern am 22.08.2020 in
19 Güstrow beschließt vor diesem Hintergrund folgende Erklärung:

20 1. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für ein solidarisches Miteinander in den Zeiten der
21 Krise. Die bisherigen Erfahrungen mit der Krankheit zeigen, dass keine
22 Personengruppe vor ernststen Verläufen von Covid-19 gefeit ist. Es ist es
23 notwendig, die Verbreitung der Krankheit zu bremsen, bis ein wirksamer Impfstoff
24 angewendet werden kann. Solidarisch zu handeln bedeutet für uns auf
25 wissenschaftlicher Basis begründete Hygienemaßnahmen auch anzuwenden.

26 2. Solidarisch zu handeln heißt für uns ebenso, mit praktischen Hilfsmaßnahmen
27 und politischen Aktivitäten dafür zu sorgen, dass niemand in schwieriger
28 sozialer und ökonomischer Lage vergessen wird. Wir kümmern uns um unsere
29 Nachbar*innen und treten für finanzielle Hilfsprogramme ein, die es
30 wirtschaftlich gebeutelten Branchen, die es Künstler*innen, Veranstalter*innen,
31 Einzelhändler*innen, Gastronom*innen, Selbständigen u.v.m. erlauben, die
32 Verdienstauffälle zu kompensieren. Wir haben insbesondere die Bedürfnisse der
33 Alleinerziehenden, Familien und all jener Menschen im Blick, die andere Menschen
34 zu betreuen, zu pflegen und zu versorgen haben. Diese Menschen brauchen ganz
35 dezidiert Entlastung, Unterstützung und Perspektiven.

36 3. Die Pandemie legt schonungslos offen, wie stark die Schere zwischen arm und
37 reich in unserem Land auseinanderklafft. Besonders deutlich wird dies im Bereich
38 der Bildung. Während Kinder und Jugendliche in ökonomisch besser gestellten
39 Situationen in Zeiten des Lockdown und des Homeschooling die heute geforderte
40 digitale Infrastruktur im heimischen Haushalt nutzen können, haben Kinder und
41 Jugendliche aus ökonomisch prekären Verhältnissen oft nicht einmal einen ruhigen
42 Arbeitsplatz. Expertinnen und Experten stellen fest: "Die Corona-Krise

43 verschärft die soziale Bildungskrise massiv. Die armen Kinder drohen den
44 Anschluss zu verlieren.“¹ Deshalb treten wir für eine echte Kindergrundsicherung
45 ein.

46 4. Covid-19 macht ebenso deutlich, wie dringend notwendig ein gut mit Personal
47 sowie mit guten baulichen und hygienischen Bedingungen ausgestattetes
48 Bildungssystem ist.
49 Kitas und Schulen brauchen eine bessere Ausstattung mit pädagogischem Personal.
50 Die bisherige Mangelverwaltung und der völlig unzureichende Betreuungsschlüssel
51 in den Kitas des Landes zeigen uns besonders jetzt in der Krise die Grenzen der
52 Leistungsfähigkeit. Auch sind ungenügende sanitäre Anlagen keine gute Basis, die
53 Ausbreitung von Covid-19 einzuschränken.
54 Lehrerinnen und Lehrer müssen verschiedene Formen der Kompetenzvermittlung
55 anwenden können. Dazu müssen sie inhaltlich und technisch besser ausgerüstet
56 werden. Es braucht dringender denn je eine funktionierende digitale
57 Infrastruktur an den Schulen, die eine gute Vermittlung von Lehrstoffen nicht
58 nur in Zeiten eines eventuell notwendigen weiteren Lockdowns ermöglicht. Mit
59 unseren politischen Initiativen treten wir vor Ort für eine schnelle und
60 effiziente Nutzung des Digitalpaktes Schule und des Sofortprogramms Digitales
61 Lernen ein.

62 5. Die Infektionskrankheit Covid-19 und ihre Folgen dürfen nicht als Begründung
63 dafür herhalten, die Erreichung wichtiger gesellschaftlicher Ziele zu den Akten
64 zu legen. Jenen Bestrebungen, die mit dem Argument der wirtschaftlichen Folgen
65 von Covid-19 den dringend notwendigen Klimaschutz von der politischen
66 Tagesordnung nehmen wollen, erteilen wir eine klare Absage. Die erhöhten
67 finanziellen Aufwendungen bei der Bewältigung der Pandemie dürfen nicht zu
68 Lasten von Energie-, Verkehrs- und Agrarwende gehen. Finanzielle Hilfsmaßnahmen
69 müssen viel stärker an nachhaltigen Kriterien ausgerichtet werden. Daher lehnen
70 wir finanzielle Hilfen für klimaschädliche Branchen ab. Mehr statt weniger
71 Klimaschutz ist unsere Handlungsmaxime.

72 6. Covid-19 zeigt uns nachdrücklich, wie wichtig die Stärkung eines
73 umweltfreundlichen Verkehrsverbundes in unserem Bundesland ist. Die
74 Infrastruktur für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen und die Schnittstellen des
75 Radverkehrs mit dem ÖPNV sind stark verbesserungswürdig. Wir treten in den
76 Kommunen und Landkreisen vehement für ein verbessertes Radwegenetz, mehr
77 Serviceeinrichtungen (z.B. Mobilitätsstationen) für Radfahrer*innen ein. Der
78 ÖPNV muss ausgebaut werden. Gelder müssen konsequent zugunsten des ÖPNV sowie
79 des Fuß- und Radverkehrs umverteilt werden.
80 Die schon vor Covid-19 übervollen Busse der Schüler*innenbeförderung dürfen wir
81 nicht hinnehmen. Ein Schutz vor Verbreitung der Erkrankung ist unter diesen
82 Umständen nicht gegeben. Wir fordern von den Kommunen und der Landesregierung
83 den Einsatz von mehr Fahrzeugen.

84 7. Meinungsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Auch unter den Einschränkungen
85 von Covid-19 muss gewährleistet sein, dass Menschen unter Einhaltung der
86 notwendigen hygienischen Schutzmaßnahmen ihre Meinungen öffentlich äußern
87 können. Wenn jedoch verschwörungsideologische und rechtsextreme Akteure,
88 Kampagnen und Gruppierungen die Pandemie nutzen, die demokratische Verfasstheit
89 unseres Staates zu bekämpfen und in unsolidarischer Weise Schutzmaßnahmen gegen
90 die Krankheit zu missachten, treten wir dem entgegen.

91 8. Covid-19 macht nicht an Grenzen halt. Menschen in Regionen, die durch
92 Klimawandel, Krieg und andere Rahmenbedingungen ohnehin benachteiligt sind,
93 verdienen mehr denn je unsere umfassende Unterstützung. Dazu gehören direkte
94 finanzielle und soziale Hilfen sowie höchste Anstrengungen zur Befriedung von
95 Regionen. Menschen, die keine unmittelbare Perspektive in ihrer Heimat haben,
96 müssen wir Möglichkeiten geben, sich auch bei uns ein neues Leben aufzubauen.
97 Internationale Solidarität muss Vorrang vor nationalem Handeln haben.

98 9. Staatliches und solidarisches Handeln erfordert eine ausreichende soziale
99 Infrastruktur. Diese Infrastruktur sollte weitgehend in kommunaler Hand sein.
100 Die Personal- und Sachausstattung von Krankenhäusern, Gesundheitsämtern sowie
101 Hilfsangeboten muss verbessert werden und in ganz M-V verfügbar sein. Neben der
102 Bekämpfung von Krankheitsfolgen muss zudem ein größerer Fokus auf die Prävention
103 gelegt werden.

104 10. Covid-19 zeigt, dass es möglich ist, in unserer Gesellschaft flexibel auf
105 unterschiedliche Bedürfnisse der Lebensgestaltung zu reagieren. Diese
106 Erkenntnisse wollen wir nutzen, um weiter daran zu arbeiten, neue Modelle der
107 Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben, Arbeit und häusliche Pflege, Arbeit
108 und Betreuung von Kindern zu entwickeln und zu fördern.

109 ¹ Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes;
110 [https://www.sozial.de/neue-zahlen-zur-kinderarmut-corona-krise-verschlimmert-](https://www.sozial.de/neue-zahlen-zur-kinderarmut-corona-krise-verschlimmert-situation.html)
111 [situation.html](https://www.sozial.de/neue-zahlen-zur-kinderarmut-corona-krise-verschlimmert-situation.html)

Begründung

Begründung der Dringlichkeit: erfolgt mündlich

Inhaltliche Begründung: erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Martin Neuhaus (KV Schwerin); Uwe Flachsmeyer (KV Rostock); Marie Heidenreich (KV Rostock);
Christopher Dietrich (KV Rostock); Jutta Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte); Andreas Katz (KV
Ludwigslust-Parchim)